



17. Juni 1953 Aufstand für die Freiheit

„Kollegen reiht Euch ein – wir wollen freie Menschen sein“. Mit diesem Ruf gingen vor 50 Jahren die Menschen in der früheren DDR auf die Straßen und Plätze.

Was als Erhebung gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen begann, entwickelte sich binnen weniger Stunden zum Volksaufstand für

freie Wahlen und die deutsche Einheit. Um das Andenken an die mutigen Frauen und Männer des 17. Juni zu ehren, hatte die CDU Deutschlands zu der Veranstaltung „Aufstand für die Freiheit“ geladen.

Ohne „Bewegung des Herzens“ könne er nicht über *Fortsetzung Seite 2*

INHALT

GESUNDHEITSREFORM:

Wettbewerb statt
Staatsmedizin
SEITE 5–6

FRIEDRICH MERZ:

Große Arbeitsrecht-
reform beschlossen
SEITE 7–8

DOKUMENTATION

Gesetz zur Modernisie-
rung des Arbeitsrechts

■ Wolfgang Böhmer: Erinnerung an den 17. Juni 1953 bewahren (Seite 4) ■ Kampagne Mitgliederwerbung (Seite 9) ■ Carstensen fordert Simonis heraus (Seite 10) ■ EAK: Thomas Rachel neuer Bundesvorsitzender (Seite 11) ■ Otto Wulff: Rentner sind nicht „Prügelkneben“ der Nation (Seite 12) ■ CDA: Arentz wiedergewählt (Seite 13) ■ Bund der Vertriebenen: Konstruktiver Dialog (Seite 14) ■ Angela Merkel: Union hat im EU-Konvent Entscheidendes erreicht (Seite 15) ■ Andreas Storm: Auflösung der Rentenreserve unverantwortlich (Seite 15–16) ■ Hartmut Koschyk zur Videoüberwachung (Seite 16–17) ■ Martina Krogmann: Deutschland verliert Anschluss bei eGovernment (Seite 17) ■ Junge Gruppe: Keine Altersgrenzen für medizinische Leistungen (Seite 17–18) ■ Peter Paziorek, Werner Wittlich zum Pflichtpfand (Seite 18–19) ■ Ursula Heinen zum Verbraucherschutz (Seite 20)

IMPRESSUM



Fortsetzung von Seite 1

den 17. Juni sprechen, bekannte der Festredner, Helmut Kohl, der der Einladung der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Angela Merkel, ins Konrad-Adenauer-Haus gefolgt war. Nicht ganz emotionsfrei ließ der Altbundeskanzler den Volksaufstand kurz Revue passieren: Die streikenden Arbeiter auf der Berliner Stalinallee, die Rufe nach Wiedervereinigung auf Transparenten, der sowjetische Militäreinsatz. Die Erhebung im Juni 1953 sei der erste mutige Versuch gewesen, das SED-Regime zu stürzen und die Fesseln der Diktatur abzustreifen. Gelungen sei dies aber erst 1989, mehr als 36 Jahre später.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl: „Ein Volk, das seine Geschichte nicht kennt, wird die Gegenwart nicht begreifen und die Zukunft nicht gestalten können“. Deshalb sei es gut, dass die CDU die Erinnerung an diesen Tag wach halte. „Wir bewundern den Mut unserer Landsleute, die damals für die Freiheit auf

die Straße gingen und dafür ihr Leben riskierten“. Dieser Mut habe über 120 Menschen den Tod gebracht, 20 seien standrechtlich erschossen worden. Insgesamt hätten die ostdeutschen Sicherheitsorgane in der Folge des Volksaufstandes etwa 13.000 Bürger verhaftet, darunter Volkspolizisten und SED-Funktionäre. Auch seien über 60 CDU-Mitglieder wegen direkter oder indirekter Beteiligung an den Demonstrationen eingesperrt worden.

Bestes Kapitel deutscher Geschichte

Helmut Kohl machte deutlich, dass das SED-Regime bereits 1953 abgewirtschaftet hatte. Die Menschen seien nicht länger bereit gewesen, sich der Willkürherrschaft der SED mit den vielen Schauprozessen und Säuberungswellen zu beugen. Ohne das massive Eingreifen der Roten Armee wäre das Regime deshalb bereits im Sommer 1953 in sich zusammengebrochen.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333, Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Angesichts der flächendeckenden Erhebung der Menschen sei es beschämend, wie heute die Erinnerung an diesen großen Freiheitstag der Deutschen wach gehalten werde. Während über 100 Straßen nach Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl benannt seien, erinnerten in ganz Deutschland gerade einmal vier Straßen bzw. Plätze an den 17. Juni 1953.

„Die Taten der ostdeutschen Landsleute zählen zu den besten Kapiteln deutscher Geschichte“, erinnerte Helmut Kohl. Dass die SED-Diktatur die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit nicht habe abtöten können, habe sich 36 Jahre später im Herbst 1989 gezeigt. Wieder seien Hunderttausende unter großem persönlichem Risiko auf die Straße gegangen, um für die Freiheit einzutreten. Im Unterschied zu 1953 habe die Sowjetunion unter Michael Gorbatschow jedoch dieses Mal ihre Panzer nicht gegen die Menschen eingesetzt und so die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit mit möglich gemacht.

■ Anwalt aller Deutschen

Zuvor sagte die Vorsitzende der CDU Deutsch-



lands, Angela Merkel, in ihren Begrüßungsworten, die deutsche Einheit sei die Erfüllung der Wünsche derer, die am 17. Juni für die Freiheit aufgestanden seien. Deutschland müsse daraus Lehren für die eigene Rolle in der internationalen Gemeinschaft ziehen. Die Deutschen seien aufgefordert, sich der Freiheitskämpfer des 17. Juni 1953 würdig zu erweisen und aus ihrem Handeln zu lernen. Der 17. Juni sei ein wichtiger Punkt in der deutschen Geschichte, weil an diesem Tag Menschen für die Freiheit gekämpft hätten. „Wegducken“ und „Pazifismus“ könnten nicht die Antwort der Deutschen auf diese Tradition sein, betonte die Partei- und Fraktionsvorsitzende. „Ich möchte niemals erleben, dass Deutschland aus Feigheit

verzagt ist und nicht hilft, wo andere um ihre Freiheit ringen“, erklärte Merkel. Die Deutschen könnten sich nicht „ausklinken und pazifistisch werden, nachdem sie ihre eigene Freiheit erlangt haben.“ Die Vorsitzende der CDU Deutschlands wies außerdem darauf hin, dass die CDU nicht nur die Erinnerung an den 17. Juni wach gehalten, sondern auch an der gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft festgehalten habe. Während der Teilung der beiden deutschen Staaten habe dies



viele Ostdeutsche ermutigt, weiter auf die Einheit zu hoffen.

„Ohne Bundeskanzler Helmut Kohl hätte es die Einheit Deutschlands nicht gegeben“, sagte CDU-Generalsekretär Laurenz

Meyer, in seinem Schlusswort. Ohne Helmut Kohls Vertrauenskapital im Ausland und seine staatsmännische Kraft wäre die Einheit kaum Wirklichkeit geworden. Während die Union die Wiedervereinigung nicht aufgegeben habe, hätten viele Sozialdemokraten versucht, den Menschen diese Hoffnung auszureden. Noch am 6. Juni 1989 habe Gerhard Schröder in der Bild-Zeitung gesagt: „Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen der Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht“. Angesichts dieser Haltung sei es nicht verwunderlich, dass der Ruf vieler Ostdeutscher im Herbst 1989 „Wir sind ein Volk!“ die westdeutsche Linke auf dem falschen Fuß erwischt habe.

Würdigung der Opfer

Ausdrücklich sprach sich Meyer für die Schaffung einer „Opferpension“ für alle politisch Verfolgten in der ehemaligen DDR aus. Auch wenn es letztlich keine Entschädigung für das zugefügte Leid gebe, könne der Staat doch zumindest dafür sorgen, dass die Opfer „gewürdigt werden, wenn sie schon nicht besser dastehen als die Täter“.

Erinnerung an den 17. Juni 1953 bewahren

Der amtierende Bundesratspräsident Wolfgang Böhmer hat die Deutschen dazu aufgerufen, die Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 für künftige Generationen zu bewahren.



Der 17. Juni müsse „als ein Gedenktag unserer gemeinsamen gesamtdeutschen Geschichte“ begriffen werden, erinnerte der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts und Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands, Wolfgang Böhmer, bei einer gemeinsamen Gedenkfeier von Bundestag und Bundesrat zum 50. Jahrestag des Volksaufstands. Trotz der unterschiedlichen Erfahrungen in Ost und West müsse die Chance genutzt werden, in der DDR verborgene Tatsachen aufzuarbeiten. Auch wenn der Aufstand zunächst erfolglos blieb, habe er doch Langzeitwirkung bis zur friedlichen Revolution im Herbst 1989 gehabt, sagte Wolfgang Böhmer. Die Opfer von einst mit einer

Ehrenpension zu würdigen, sollte nun ein lösbares Problem sein, sagte Böhmer unter Beifall zum Streit um Entschädigungen. Er selbst habe es als Schüler nach dem 17. Juni 1953 als persönliche Demütigung erlebt, dass er sich öffentlich von seiner Mitgliedschaft in der Jungen Gemeinde distanzieren sollte. Inzwischen sei das Gesellschaftsexperiment DDR Geschichte. Jedoch müssten auch künftige Generationen mit Ungleichheit, sozialen Spannungen und Konflikten leben. „Wenn wir auch keine perfekten Lösungen für die denkbaren Probleme der Zukunft haben, so sollten wir doch vor einer Wiederholung von Irrwegen der Vergangenheit warnen“, mahnte Wolfgang Böhmer.

Wettbewerb statt Staatsmedizin

Die Union ist fest entschlossen, in die Debatte um die Gesundheitsreform ihr eigenes Reformkonzept umfassend einzubringen. Dies machte die Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und CDU-Vorsitzende, Angela Merkel, in der Bundestagsdebatte zur Gesundheitsreform deutlich.



Zu Beginn ihrer Rede in der Bundestagsdebatte warf Angela Merkel Rot-Grün erneut schwere Versäumnisse auf dem Gebiet der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik vor. Richtige Reformen der unionsgeführten Bundesregierung seien beim Amtsantritt von Rot-Grün wieder zurückgenommen worden. Erst jetzt werde – nach den Sonderparteitagen von SPD und Bündnis-Grünen – der erste von den angekündigten 15 Gesetzentwürfen im Bundestag vorgelegt. „Zwischen dem 14. März und dem 15. Juni sind in Deutschland 10.000 Betriebe in die Insolvenz gegangen und denen hätte geholfen werden können, wenn wir mit den Gesetzesberatungen weiter wären“, kritisierte die Vorsitzende. „Die Erkenntnisse hätten längst da sein können, und Millionen von Menschen

könnten heute Arbeitsplätze und eine bessere Lage haben, wenn Sie das früher bedacht hätten“, sagte Angela Merkel an die Adresse der Regierungskoalition.

Gerade im Blick auf die Gesundheitsreform sei jede Verzögerung besonders bedauerlich, da die Menschen auf Gesundheit angewiesen seien. Das Thema sei zudem bei vielen mit „sehr, sehr vielen Ängsten belastet“. Aus diesem Grund bot Angela Merkel der Regierung die Zusammenarbeit, um das, was gemeinschaftlich möglich sei, auch gemeinschaftlich durchzusetzen. Die Union sei bereit. Sie habe ein „herausragendes gegenfinanziertes Konzept“ als „klare Alternative“ erarbeitet, auf dessen Grundlage eine Verständigung eigentlich möglich sein müsse, sagte Angela Merkel. „An uns soll es nicht liegen“, betonte die Fraktionsvorsitzende. Sie

mahnte die rot-grüne Regierung, es nicht nur bei verbalen Angeboten zur Zusammenarbeit zu belassen. Es sei kein politischer Stil, wenn die SPD bereits jetzt drohe, das Gesetz mit ihrer eigenen Mehrheit durchzusetzen, sollte die Union nicht zu einem Kompromiss bereit sein. Wenn die Koalition Verhandlungen wolle, müsse sie ihre Umgangsformen ändern. Die CDU-Vorsitzende ließ darüber hinaus erkennen, dass die Konsensgespräche in den Bundestagsausschüssen geführt werden müssen und nicht – wie schon von der Regierung vorgeschlagen – außerhalb eines Parlamentsgremiums. Die Ankündigung von SPD-Fraktionschef Franz Müntefering, das Regelwerk von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt in jedem Falle umsetzen zu wollen, könne von der Union nicht als ernsthaftes Angebot verstanden werden. Dennoch könne „sofort, am selben Tag, nach der Debatte“ mit den Gesprächen begonnen werden, kündigte Angela Merkel an. Die Fraktions- und Parteivorsitzende betonte, die Union teile mit der Regierung das Ziel der Senkung der Kassenbeiträge auf 13 Prozent. Die Wege der

Bundesgesundheitsministerin seien aber falsch. Das Konzept von Ulla Schmidt tendiere zu sehr in Richtung „Zentralismus, Kassenhoheit und Einheitskasse“, und zu wenig in Richtung „Wettbewerb, Freizügigkeit und Gleichheit des Arztberufes.“ Konkret kritisierte Merkel das geplante Zentrum für Qualität in der Medizin, das Behandlungsleitlinien erarbeiten und Medikamente auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis prüfen soll. Solche Aufgaben solle nicht ein „zentralistisches Institut“ übernehmen, sondern die Selbstverwaltung von Ärzten und Kassen. Merkel lehnte es zudem ab, dass der Zugang zu Haus- und Fachärzten unterschiedlich geregelt wird. Weiter gehe es darum, Anreize zum sparsamen Umgang mit dem System Gesundheit zu setzen. Daher will die Union eine gleichmäßige Selbstbeteiligung von 10 Prozent mit einer Obergrenze von zwei Prozent des Bruttoeinkommens, „damit nicht bestimmte Gruppen herausgenommen werden und andere gar nicht betroffen sind“, stellte Merkel klar. Die Union werde es zudem nicht unterstützen, dass einzelne Leistungen aus dem Katalog der gesetzlichen Kassen herausgenommen werden. Der Zahnersatz soll über eine private solidarische Pflichtver-

sicherung finanziert werden. Merkel sagte, dieses Modell sei eine gute Möglichkeit, um Erfahrungen mit dieser neuen Finanzierung zu sammeln. „Lassen Sie uns in aller Ruhe die Argumente darüber austauschen. „An uns soll es nicht liegen“, sagte Angela Merkel am Ende der Debatte.

Leitgedanken

Im Bericht der Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an die Abgeordneten von CDU/CSU wurden folgende Leitgedanken des Unions-Konzeptes zur Gesundheitsreform genannt:

- Erhalt des individuellen Patienten-Arzt-Verhältnisses, der freien Arztwahl durch den Patienten und der Therapiefreiheit für den Arzt. Deswegen Ablehnung jedweder Zentralisierungs- und Zuteilungsversuche wie der Errichtung des „Instituts für Qualität in der Medizin“ und Ablehnung aller Maßnahmen, die auf die Zerschlagung der niedergelassenen Fachärzteschaft zielen.

- Wettbewerb unter den Leistungserbringern wie unter den Kassen, der durch die Versicherten und Patienten bestimmt wird, nicht durch Kassenfunktionäre und Gesundheitsbürokratie. Deswegen plädieren wir für ein

Drei-Säulenmodell, das kollektive wie individuelle Versorgungsaufträge möglich macht.

- Organisation des Gesundheitswesens als Wachstums- und Innovationsbranche mit Teilhabe aller Versicherten am medizinischen Fortschritt, deswegen Ablehnung von Budgetierung und Positivlisten und Öffnung der GKV für Wahltarife und individuell vereinbarte Zusatzleistungen.

- Entlastung der Lohnnebenkosten und Stabilisierung der Beitragssätze langfristig bei 13 %; deswegen Festschreibung des Arbeitgeberanteils, Einführung von Selbstbeteiligung und Selbstbehalt, sachgerechte Finanzierung von „versicherungsfremden“ Leistungen wie bei Schwangerschaft und Mutterschaft außerhalb der GKV, aber Ablehnung von bloßen Verschiebebahnhöfen in der GKV – wie beim Krankengeld von Rot-Grün geplant – und von bevormundenden und Doppelbehandlung provozierenden Zuzahlungsregelungen.

[http://](http://www.cdu.de)
Den Fraktionsantrag
„Für ein freiheitliches
humanes Gesundheits-
wesen – Gesundheits-
politik neu denken und
gestalten“ finden Sie
auf www.cdu.de

Große Arbeitsrechtsreform beschlossen

Anlässlich der Verabschiedung eines eigenen Gesetzentwurfes zur Modernisierung des Arbeitsrechts in der Fraktionssitzung der CDU/CSU-Fraktion erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands:



Mit ihrem Beschluss zur Modernisierung des Arbeitsrechtes leitet die Unionsfraktion einen fundamentalen arbeitsmarktpolitischen Systemwechsel ein, der weit über die in der Agenda 2010 beschlossenen Maßnahmen hinausgeht. Mit der konkreten Umsetzung und rechtlichen Ausgestaltung der „Bündnisse für Arbeit“, mit denen von den starren Tarifvertragsregeln abgewichen werden kann, setzen wir den Hebel an eine der größten beschäftigungshemmenden Barrieren des deutschen Arbeitsmarktes. Wir schaffen damit eine entscheidende Zugangserleichterung zum ersten Arbeitsmarkt und die Voraussetzung für neue Arbeitsplätze.

In unserem Gesetzentwurf wird festgelegt, dass die Betriebe von Flächentarifverträgen abweichen können, ohne dass Gewerkschaften und Arbeitgeberver-

bände dagegen Einspruch erheben können. Durch die gesetzliche Klarstellung des sogenannten Günstigkeitsprinzips und durch den Abbau von Überreglementierungen in verschiedenen Bereichen des Arbeitsrechts wird damit eine zentrale wirtschaftspolitische Forderung der Union in Abstimmung zwischen Fraktion und unionsgeführten Ländern in Gesetzesform umgesetzt.

Ziel dieser Maßnahmen ist es, das Tariffkartell in Deutschland aufzubrechen und endlich eine Politik zu verfolgen, die die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt stellt.

Die wichtigsten Punkte des Gesetzentwurfes sind:

1. Beschäftigungsorientierte Abweichungen von Tarifverträgen werden künftig unter Beachtung der Tarifautonomie zugelassen. Betriebliche Bündnisse für Ar-

beit und beschäftigungssichernde Betriebsvereinbarungen werden gesetzlich abgesichert.

2. Im Tarifvertragsgesetz wird klargestellt, dass es den Unternehmen möglich ist, Arbeitslose während der Probezeit unter Tarif zu beschäftigen.

3. Die gerade für mittelständische Betriebe kostentreibenden Teile des Gesetzes zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes vom 23. Juli 2001 (BetrVerf-Reformgesetz) werden zurückgenommen.

4. Das Kündigungsschutzgesetz gilt nicht für Neueinstellungen bei Unternehmen, die weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Außerdem wird Arbeitnehmern durch eine Öffnungsklausel die Option eingeräumt, gegen die vorherige Vereinbarung einer Abfindung auf Kündigungsschutzklage zu verzichten. Für Existenzgründer entfällt während der ersten vier Jahre ihrer Existenz der Kündigungsschutz für ihre Arbeitnehmer.

5. Zu weit gehende Regelungen im Gesetz über Teilzeit und befristete Arbeitsverträge vom 21. Dezember 2000 werden auf das not-

wendige und sinnvolle Maß beschränkt. Dazu wird insbesondere der generelle Teilzeitananspruch auf einen Teilzeitananspruch bei notwendiger Betreuung von Familienangehörigen (Kinder und Pflegebedürftige) reduziert.

6. Teilzeitbeschäftigte werden bei den Schwellenwerten für alle arbeitsrechtlichen Gesetzes- und Verordnungen nur noch anteilig berücksichtigt.

7. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wird weiter dergestalt geändert, dass ein Leiharbeiter erst nach Ablauf des zwölften Monats der Beschäftigung beim selben Entleiher An-

spruch auf das dort geltende tarifliche Entgelt hat.

8. Um die Anreize für Frühverrentungen zu beseitigen wird u.a. die Altersteilzeitförderung durch der Bundesanstalt für Arbeit zum 1.1.2004 ebenso aufgehoben wie die Möglichkeit des erleichterten Erhalts von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose.

9. Zur Senkung der Lohnnebenkosten wird der Beitragssatz in der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung in drei Jahresschritten von derzeit 6,5% auf 5% abgesenkt.

10. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wird neu gestaltet. Künftig soll

die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes im Regelfall 12 Monate betragen. Für Arbeitnehmer mit einer höheren Zahl von Beitragsjahren soll diese Leistung auf höchstens 18 Monate erweitert werden. Für einen Übergangszeitraum bleibt ein maximaler Leistungsanspruch von 24 Monaten bei 40 Beitragsjahren bestehen. Das Arbeitslosengeld wird im ersten Monat der Arbeitslosigkeit um 25% abgesenkt, wobei das Sozialhilfeniveau die Untergrenze darstellt.

Weitere Informationen in der Dokumentation (Innen- teil) und auf www.cdu.de.

AKTUELLE KONJUNKTURDATEN

Konjunkturprognosen erneut gesenkt: Angesichts der Rezession im 1. Quartal haben in den vergangenen Tagen verschiedene Experten die Wachstumsprognosen für 2003 erneut zurückgeschraubt:

■ Das Institut für Weltwirtschaft geht davon aus, dass Deutschland in diesem Jahr ein Nullwachstum bevorsteht. Derzeit stecke Deutschland sogar in der Rezession.

■ Die Bundesbank erwartet nur noch ein Wachstum von 0,1% bis 0,2%. ■ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet auch für

das 2. Quartal 2003 mit einem leicht schrumpfenden BIP. Das wäre das 3. Rezessions-Quartal in Folge. Im Hinblick auf das Gesamtjahr ist laut DIW keine Erholung in Sicht. ■ Die Volkswirte der WestLB haben ihre Konjunktur-Prognose von 0,75% auf 0,25% gesenkt. (*Quelle: Die Welt 6.6. und 11.6.2003, Handelsblatt 13.6.2003*)

Zahl der Insolvenzen in Deutschland weiter stark angestiegen.

Die Insolvenzgerichte meldeten im 1. Quartal 2003 insgesamt 24.378 Fälle. Dar-

unter waren 9.747 Insolvenzen von Unternehmen und 14.631 von anderen Schuldner. Im Vergleich zum ersten Vierteljahr 2002 bedeutet dies eine Zunahme der Gesamtzahl an Insolvenzen um 27%. Bei den Unternehmensinsolvenzen betrug die Steigerung 9,4% und bei den Insolvenzen der übrigen Schuldner 42,2%. Die offenen Forderungen wurde von den Gerichten mit mindestens 11,7 Mrd. Euro beziffert, gegenüber 9,9 Mrd. Euro im 1. Quartal 2002 (plus 18,2%). (*Quelle: Statistisches Bundesamt, 18.6.2003*)

Schulung der Aktionsbeauftragten

Die Mitgliederwerbekampagne der CDU Deutschlands hat mit Erfolg den ersten Meilenstein bewältigt. Eine Vielzahl von Kreisverbänden ist dem Aufruf des Schirmherrn der Kampagne, CDU-Generalsekretär **Laurenz Meyer**, gefolgt, bis zum **19. Mai Aktionsbeauftragte für die Werbekampagne zu melden**.

In der nächsten Phase der Kampagne wird das Hauptaugenmerk auf der Schulung der Aktionsbeauftragten liegen. Mit den Aktionsbeauftragten steht und fällt die Kampagne. Ihre Aufgabe wird sein, die Mitgliederwerbekampagne im Kreisverband zu koordinieren. Aus diesem Grund hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein spezielles Schulungskonzept entwickelt. Ziel ist es, den Aktionsbeauftragten zu helfen, ein Werbegespräch vorzubereiten, strategisch zu führen und eventuelle Hemmschwellen bei den potentiellen Neumitgliedern abzubauen. Aus diesem Grunde finden für die Aktionsbeauftragten auf Landesebene Schulungen mit professionellen Rhetorik-Trainern statt. Die Aktionsbeauftragten sollen die Möglichkeit erhalten, ihr Wissen an die durch die Ortsverbände benannten Bot-

schafter weiterzugeben, auftretende Probleme zu bewältigen und die Kampagne vor Ort zu organisieren. Deshalb sollte kein Kreisverband auf die Entsendung eines Vertreters verzichten.

Start der ersten Schulung war am 28. Mai 2003 in Stuttgart mit 27 Teilnehmern. Eröffnet wurde die Schulung mit der Vorstellung der gesamten Kampagne durch einen Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle. Danach zeigte ein Trainer die vielfältigsten Möglichkeiten auf, wie ein Werbegespräch zu führen ist, auf was im Einzelnen zu achten ist, welche Fallen bestehen und gab profession-

nelle Tipps. Zum Schluss setzten die Aktionsbeauftragten mit großem Engagement das erworbene Wissen in Rollenspielen um. Zum Abschluss erhielten alle entsprechendes Material, um Ihre Aufgabe vor Ort bestmöglichst durchführen zu können. Fazit: Diese vier Stunden waren gut investierte Zeit.

■ Falls Ihr Verband noch Teilnehmer/innen für die Schulungen melden möchte, können Sie dies gerne tun. Ansprechpartnerin in der CDU-Bundesgeschäftsstelle ist Frau Rita Haßdenteufel (030-2 20 70-3 62, rita.hassdenteufel@cdu.de)

Datum	Landesverband	Ort
28. 5. 2003	Baden Württemberg	Stuttgart ✓
20. 6. 2003	Niedersachsen/Nord Bremen	Delmenhorst ✓
21. 6. 2003	Niedersachsen/Süd	Hannover ✓
25. 6. 2003	Sachsen-Anhalt	Magdeburg
26. 6. 2003	Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern	Berlin, KAH
27. 6. 2003	NRW (Rheinland)	Düsseldorf
28. 6. 2003	NRW (Westfalen)	Hamm
2. 7. 2003	Hessen	Frankfurt
9. 7. 2003	Sachsen	Dresden
10. 7. 2003	Baden-Württemberg II	Stuttgart
6. 7. 2003	Rheinland-Pfalz	Mainz
17. 7. 2003	Saarland	Saarbrücken
20. 8. 2003	Schleswig-Holstein Hamburg	Bad Bramstedt
21. 8. 2003	Thüringen	Erfurt

Carstensen fordert Ministerpräsidentin Simonis heraus

Der schleswig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende Peter Harry Carstensen soll bei der Landtagswahl 2005 als Herausforderer von Ministerpräsidentin Heide Simonis antreten.

Die Delegierten des Landesparteitages forderten das Mitglied des Bundesvorstands der CDU Deutschlands einstimmig auf, sich als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2005 zur Verfügung zu stellen. Carstensen selbst erklärte sich zur Kandidatur bereit: „Dieses klare Votum des Parteitagess hat mich berührt und ist eine große Ehre für mich. Ich sage ganz klar: Ich bin bereit, den Übergang zu gestalten und anzuführen – den Übergang von der Opposition zur Regierung.“ In seiner sowohl staatsmännisch als auch humorvoll gehaltenen Grundsatzzrede warf Peter Harry Carstensen der Rot-grünen Landesregierung von Ministerpräsidentin Heide Simonis eine katastrophale Finanzpolitik vor: „Wenn Heide Simonis eine Sparkommissarin ist, dann will ich in Zukunft den siebten



Zwerg bei Schneewittchen spielen.“ Zur offensichtlichen politischen Überforderung komme der „muffige Geruch eines rot-grünen Filzes, der sich mit den Jahren um die Staatskanzlei in Kiel gewoben hat“. In seinem Bericht, der mit stehenden Ovationen bedacht wurde, nannte der Landesvorsitzende die FDP als Wunschkoalitionspartner. Einer Großen Koalition und auch Schwarz-Grün auf Landesebene erteilte Carstensen eine Absage. Der CDU-Landeschef sprach sich für eine verstärkte Ostseekooperation aus, für eine intensive Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Hamburg und eine Stärkung der maritimen Wirtschaft. Hinzu müsse eine Verwaltungsre-

form mit Bürokratieabbau kommen, „damit die Wirtschaft wieder atmen kann“. Schließlich müsse die Infrastruktur verbessert werden.

Am Abend zuvor stand die Aufstellung der Landesliste für die Europawahl 2004 auf dem Programm. Die Delegierten wählten Reimer Böge mit 96,4 % auf Platz 1 der Landesliste. „Wir haben mit Reimer Böge einen der wichtigsten deutschen EU-Parlamentarier in unseren Reihen, der Schleswig-Holstein in den Bereichen Haushalt und Landwirtschaft hervorragend vertritt“, so CDU-Landeschef Peter Harry Carstensen. Auf Platz zwei der Liste wurde mit 96,2 % der Europaabgeordnete Christian von Boetticher gewählt.

Thomas Rachel neuer EAK-Bundeschef

Der Evangelische Arbeitskreis von CDU und CSU (EAK) hat einen neuen Bundesvorsitzenden. Mit 95,8 Prozent der Stimmen wählten die Delegierten auf der EAK-Bundestagung in Halle den Bundestagsabgeordneten Thomas Rachel zum Nachfolger von Jochen Borchert.

In seiner Rede macht der neue EAK-Bundeschef deutlich, dass das „C“ im Namen der Union tragendes Fundament christdemokratischer Politik war, ist und bleiben werde. Das „C“ müsse als Orientierung von Politik in christlicher Verantwortung in den Entscheidungen von CDU und CSU stärker sichtbar werden. Insofern sei das „C“ Herausforderung und Chance. Thomas Rachel schlug vor, dass sich der EAK künftig auch der Menschenrechtsarbeit widmen wird. Weitere Themen werden die Sicherung des Religionsunterrichts in Deutschland und eine würdevolle Sterbebegleitung sein. Die aktive Sterbehilfe lehnt Thomas Rachel ab: „Der Evangelische Arbeitskreis tritt für ein menschenwürdiges Leben bis zuletzt ein. Das Leben ist ein Geschenk Gottes. Des-



halb lehnen wir es auch ab, lebenserhaltende Maßnahmen nur bestimmten Altersgruppen zugänglich zu machen. Eine Entscheidung zwischen wertem und unwertem Leben kommt nicht in Frage.“ Der neue EAK-Bundeschef forderte den Ausbau der Palliativmedizin und der Hospizarbeit in Deutschland. Besonderes Augenmerk müsse auch der Familienpolitik gelten. „Wer an Familien und Kindern spart, spart an gesellschaftlicher Zukunftsfähigkeit“, kritisierte der EAK-Bundeschef auf der Bundestagung in Halle. Eine Ausweitung der Ganztagsangebote müsse bedarfsorientiert erfolgen und von den Bedürfnissen und Erwartungen des Kindes und der Familie her konzipiert werden. Rachel: „Die „Lufthoheit über den Kinderbetten“ werden wir keiner politischen Partei zu-

billigen.“ Die Ganztagschule als Zwangsschule für alle komme nicht in Frage. Ganztagsangebote müssten familienergänzend und nicht familienersetzend sein.

Thomas Rachel, bisher Landesvorsitzender des EAK in Nordrhein-Westfalen, ist Nachfolger des früheren Bundeslandwirtschaftsministers Jochen Borchert, der den EAK zehn Jahre geleitet hat. Weitere Vorgänger von Thomas Rachel als EAK-Vorsitzende sind Angela Merkel, Peter Hintze, Albrecht Martin und der frühere Bundespräsident Roman Herzog.

Neben der Wahl des neuen Bundesvorsitzenden stand die Verabschiedung zweier Resolutionen auf der Tagesordnung. In einer Resolution zum Gottesbezug der Präambel der EU-Verfassung spricht sich der EAK für eine „unverzichtbare religiöse Wertbindung“ der zukünftigen EU-Verfassung aus, ohne die das „kulturelle, humanistische und geistige Erbe“ Europas „weder denkbar wäre noch lebendig bliebe.“ Außerdem verabschiedet wurde eine Resolution zur Friedenspolitik.

OTTO WULFF:

Rentner sind nicht „Prügelknaben“ der Nation

Mit Nachdruck hat sich die Senioren Union gegen Versuche ausgesprochen, die Rentner zum „Prügelknaben“ für die Probleme der Sozial- und Krankenversicherungssysteme zu machen.

„Rentenkürzungen betriegen die ältere Generation um einen wesentlichen Teil ihrer Lebensleistung“, erklärte der Bundesvorsitzende der Senioren Union, Otto Wulff. „Der wichtigste Grund für die Misere der deutschen Sozialsysteme ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Damit fehlen die Beiträge bei den Kranken- und Rentenkassen.“ Die heute 70- oder 80-jährigen seien nicht die Verursacher der Krise in den Sozialsystemen. Sie hätten vielmehr, so Wulff, „im Durchschnitt mehr als ein Kind oft unter schwierigen Bedingungen groß gezogen und ihr Haus wohl bestellt hinterlassen.“ Wulff betonte, dass sich die Senioren Union auf allen politischen Ebenen für „Generationengerechtigkeit“ und „Vertrauensschutz“ einsetzen werde. Unter anderem wie es er auf folgende Punkte hin:



■ Die heutige Rentner-Generation ist in ihrem überwiegenden Teil geprägt von den Krisen des 20. Jahrhunderts, von den Erfahrungen der Inflation, der Massenarbeitslosigkeit, des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs, der Zerstörung und Teilung Deutschlands. Diese Generation hat unseren Staat wieder aufgebaut mit einem System der sozialen Sicherheit wie nie zuvor in der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

■ Die jetzige Rentner-Generation hat ihre Vorleistung zur Konsolidierung der Rentenversicherung längst erbracht. Die Null-Runde des Jahres 2000 ist ebenso unvergessen wie der Riester-Abschlag bei der Rentenberechnung, der im Jahre 2003 zu einer Rentenerhöhung von lediglich 1.04 Prozent geführt

hat. Hinzu kommt die Senkung des Sparer-Freibetrags, der besonders diejenigen trifft, die auf diese Weise für das Alter vorsorgen wollen.

■ Voraussetzung für jeden wirtschaftlichen Aufschwung ist eine vernünftige Beschäftigungspolitik. Die massenhafte Frühverrentung zur Schönung der Arbeitslosenstatistik muss gestoppt werden. Umgekehrt muss das Berufseinstiegsalter drastisch gesenkt werden. Wer glaubt, auf Kosten der Gesellschaft unbedingt bis zum 28. Lebensjahr studieren zu müssen und sich damit selbst beitragsfrei stellt, der soll das künftig selbst bezahlen.

■ Ein Umdenken ist auch in der Familienpolitik notwendig. Wer Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verweigert, darf sich nicht wundern, wenn von den ab 1965 geborenen Frauen mehr als ein Drittel kinderlos bleiben werden. Ganztägige Betreuung im Kindergarten und die Einführung der Ganztagschule – wie in den meisten westeuropäischen Ländern mit höherer Geburtenrate üblich – sind auch in Deutschland überfällig.

Arentz wiedergewählt

Hermann-Josef Arentz steht für zwei weitere Jahre an der Spitze der CDU-Sozialausschüsse. Die Bundestagung der Christlich-Demokratische Arbeitnehmergemeinschaft (CDA) bestätigte das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands mit 87,33 Prozent der Stimmen im Amt.

In seiner Rede ging Hermann-Josef Arentz hart mit der Politik der rot-grünen Bundesregierung ins Gericht. Arentz bezeichnete die Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder als „hemmungslose Wählertäuschung und Wählerbetrug“. Die arbeitsmarktpolitische Bilanz von Rot-Grün bestehe aus „Pleiten, Pech und Pannen“. In Wirklichkeit gebe es sieben

Millionen Arbeitslose. „Das ist mehr als 1933“, unterstrich Hermann-Josef Arentz.

Zu den größten Ungerechtigkeiten der letzten Jahre zählte der alte und neue Vorsitzende die Steuerreform. Sie habe dazu geführt, dass Kapitalgesellschaften seit dem Jahre 2001 „unterm Strich keinen Pfennig Steuern mehr gezahlt haben“. Das sei „ein riesiger Skandal“. Die Steuerreformstufe 2005 müsse auf 2004 vorgezogen werden, forderte Arentz. Was sich im sozialen Bereich unter der Regierung Schröder abgespielt habe, „ist ein Trauerspiel“, sagte Arentz. Es sei unanständig, wenn die Regierung jetzt darüber nachdenke, die Pflegestufe eins



in der Pflegeversicherung zu streichen. „Die Art und Weise, wie wir mit Kindern und Familien in diesem Land umgehen, ist ein erschütterndes Dokument der Zukunftsunfähigkeit“, sagte Arentz weiter. „Wir können es uns nicht länger leisten, dass in Deutschland Kinderreichtum der sicherste Weg in die Armut ist“, fügte er hinzu. Eine Gesellschaft sei ohne Kinder und Familien weder sozial noch demographisch oder moralisch zukunftsfähig.

Stellenausschreibung der Jungen Union

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen, mit rund 32.000 Mitgliedern der größte politische Jugendverband in NRW, sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf eine/n

Landesgeschäftsführer/in

■ Das Aufgabengebiet umfasst u.a. Führung der Geschäfte des Verbandes, Leitung der Geschäftsstelle mit drei Mitarbeitern, Zuarbeit für den Landesvorsitzenden und den Landesvorstand, Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation mit anderen Verbänden aus dem politischen und nicht-politischen Bereich. ■ Bewerber/innen sollten nicht älter als 30 Jahre sein und müssen den erfolgreichen Abschluss eines Hoch- oder Fachhochschulstudiums oder einer kaufmännischen Berufsausbildung nachweisen können. Bereits vorhandene Berufserfahrung ist von Vorteil. ■ Die Vergütung erfolgt entsprechend der Qualifikation in Anlehnung an den BAT. ■ Interessierte richten ihre Bewerbung bitte schriftlich einschließlich der üblichen Unterlagen bis zum 03. Juli 2003 an den Landesvorsitzenden der Jungen Union NRW **Hendrik Wüst – PERSÖNLICH – Postfach 200280 • 40100 Düsseldorf**

Konstruktiver Dialog

In einem Gespräch von Vertretern der Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter der Leitung ihrer Vorsitzenden, Angela Merkel, und des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen (BdV) unter Leitung der Präsidentin, Erika Steinbach, bekräftigte Angela Merkel die Unterstützung der Unionsfraktion für die berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten.

Die Fraktionsvorsitzende Angela Merkel und die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, betonten zu Beginn des Gesprächs das gute Verhältnis zwischen Union und BdV. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit habe nicht nur eine lange Tradition, sondern sie speise sich immer wieder aus gemeinsamen Überzeugungen und Initiativen, so Angela Merkel. In Bezug auf die Osterweiterung der Europäischen Union erklärten die Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass das Thema der Vertreibungsdekrete auch nach dem Beitritt nicht beendet sein werde. Es werde auch weiterhin als politische Forderung Gegenstand von Konsultationen



Von links nach rechts: Erika Steinbach, Angela Merkel, Helmut Sauer, Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung

vor allem mit der Tschechischen Republik bleiben. Das Recht auf die Heimat gilt. Die Vertreibungsdekrete sind Unrecht; sie stehen im Gegensatz zu Geist und Werten der Europäischen Union und des Völkerrechts. Der Bund der Vertriebenen wies darauf hin, dass die Beseitigung einer solchen Gesetzgebung schon eingedenk der vielen betroffenen Opfer völkerrechtlich geboten ist. BdV und CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind sich einig in der Solidarität mit den deutschen Spätaussiedlern als Teil der Geschichte aller Deutschen. Dies beinhaltet die Aufnahme von Spätaussiedlern in Deutschland und wirksame Maßnahmen zu ihrer Integration in die Gesellschaft. Für die Zukunft vereinbarten die Vertreter von

Fraktion und Bund der Vertriebenen, den konstruktiven Dialog fortsetzen und mit gemeinsamen Initiativen gegen Unrecht, Vertreibung und Gewalt ein Zeichen für die weitere Entwicklung Europas zu setzen.

Seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nahmen an dem Gespräch neben der Fraktionsvorsitzenden der stellvertretende Vorsitzende, Wolfgang Bosbach, der innenpolitische Sprecher, Hartmut Koschyk, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“, Erwin Marschewski, der Aussiedlerbeauftragte der Fraktion, Jochen Konrad Fromme, sowie der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“, Matthias Selhing, teil.

ANGELA MERKEL:

Union hat im EU-Konvent Entscheidendes erreicht



Zu den im EU-Konvent beschlossenen Teilentwürfen einer europäischen Verfassung erklärte die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die beschlossenen Teilentwürfe für eine europäische Verfassung sind ein großer Erfolg für Europa. Und sie sind ein großer Erfolg für die Anliegen von CDU und CSU. Der unermüdliche Einsatz unserer Vertreter im Konvent – allen voran Ministerpräsident Erwin Teufel – haben in den letzten Beratungen entscheidende Verbesserungen im Interesse Deutschlands und Europas erreicht.

Die bisher beschlossenen Entwürfe tragen im Wesentlichen die Handschrift der Union. So haben wir bessere Regeln zur Kompetenzabgrenzung erreicht. Wir ha-

ben das Prinzip der Subsidiarität klar in der Verfassung verankert und ein Klagerecht des Bundesrates durchgesetzt. Die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament, eine Verkleinerung der Kommission sowie der Schutz der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung sind weitere Beispiele für die Umsetzung von Ideen der Union. Auch die verbesserte rechtliche Stellung der Kirchen geht auf die Forderungen von CDU und CSU zurück. Außerdem bekennt sich die Europäische Union nun erstmals zu ihren religiösen Überlieferungen und zu deren fortwährender Bedeutung.

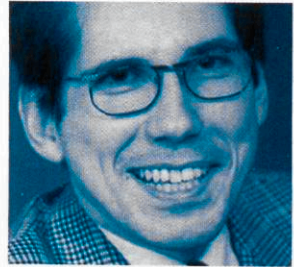
Kritisch bleibt zu bewerten, dass auf dem Gebiet der Europäischen Außenpolitik die Fortschritte nur sehr bescheiden ausfallen. Hieran hat die rot-grüne Regierung insbesondere durch ihr Versagen während des Irakkonfliktes leider einen entscheidenden Anteil.

Bei den noch zu verabschiedenden Teilen der europäischen Verfassung sehen wir insbesondere bei den Fragen der Zuwanderung und des Asyls noch erheblichen Veränderungsbedarf. Wichtig ist dabei, dass die Migration auf den nationalen Arbeitsmarkt im We-

sentlichen weiterhin durch den jeweiligen Mitgliedsstaat gesteuert werden kann. Die Union wird sich in den verbleibenden Verhandlungen nachdrücklich für eine Lösung im Interesse Deutschlands einsetzen.

ANDREAS STORM:

Auflösung der Rentenreserve unverantwortlich



Zum sog. Drei-Punkte-Programm der Bundesregierung zur Verhinderung des Anstiegs des Rentenbeitrages im nächsten Jahr, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung:

Offenbar laufen der Bundesregierung im nächsten Jahr die Rentenfinanzen völlig aus dem Ruder. Heute wird ein sog. Drei-Punkte-Programm mit einem Einsparpotential von rd. 9 Mrd. Euro aus dem Hut gezaubert. Das Programm beweist in

dramatischer Weise einmal mehr das endgültige Scheitern der Rentenreform von Rot-Grün.

Bei dem Vorschlag, die Rentenreserve aufzulösen, drängt sich der Verdacht auf, dass die Regierung den Boden bereiten will, das bestehende Rentensystem zu zer schlagen. Die Reserve beträgt derzeit noch rd. 7,4 Mrd. Euro und hat die Aufgabe, Beitragssatzsteigerungen abzupuffern. Um diese Puffer-Funktion zu erfüllen, ist die Reserve eher zu niedrig und müsste mittelfristig angehoben werden. Eine Auflösung der Reserve ist jedenfalls unverantwortlich. Denn dann besteht bei jeder auch nur geringfügigen Konjunkturverschlechterung die Gefahr, dass künftig der Bundesfinanzminister mit Steuergeldern einspringen muss, damit die Renten weiter gezahlt werden können. Andernfalls würden die kurzfristigen Entlastungen des Rentenbeitrages im Jahr 2004 durch einen nach oben schnellenden Rentenbeitrag im Jahr 2005 wieder zunichte gemacht. Der Preis einer Auflösung der Reserve wäre, dass der Finanzminister jedes Jahr über die Höhe der Rente mitentscheidet. Das wäre das Ende der eigenständigen Rentenversicherung.

Auch eine Nullrunde für die Rentner im Jahr 2004 bedeutet nichts anderes als eine Rente nach Kassenlage. Offenbar hat der Finanzminister die Bundessozialministerin Ulla Schmidt bei den Etatberatungen über den Tisch gezogen. Der Vorschlag, den Anteil der Rentner an den Krankenversicherungsbeiträgen auf 53% zu erhöhen, ist und bleibt nichts anderes als eine verkappte Rentenkürzung. Es ist haarsträubend, dass die Rentner sich an der Finanzierung des Krankengeldes beteiligen sollen, auf das sie selbst aber gar keinen Anspruch haben.

HARTMUT KOSCHYK:
**Videüberwachung
 an gefährdeten
 öffentlichen Plätzen
 zur Terrorabwehr
 unverzichtbar**

**Anlässlich des Bomben-
 funds in Dresden erklärte
 der innenpolitische Sprecher:**

Aus dem glücklicherweise verhinderten Bombentat am Dresdener Bahnhof muss jetzt schnell die Konsequenz gezogen werden, dass an Bahnhöfen und weiteren gefährdeten öffentlichen Einrichtungen



Videüberwachung einschließlich der Speicherung des Filmmaterials durchgeführt werden. Auch wenn aufgrund der Wachsamkeit eines Bahnangestellten und des professionellen Einsatzes der Beamten des Bundesgrenzschutzes das Schlimmste verhindert werden konnte, darf die jetzt erneut offenkundig gewordene Gefahr nicht weiter verdrängt werden.

Deutschland ist ein Angriffsziel der Terroristen, und es ist dringend erforderlich, dass die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Dazu gehört, dass gefährdete Orte videüberwacht werden und Überwachungsprotokolle geführt werden.

In Dresden wurden unter Berufung auf den Datenschutz von der Deutschen Bahn AG, die im Bahnhof Dresden aufgrund ihres Hausrechts tätig wird, die Videoaufnahmen nicht gespeichert, obwohl technisch die Voraussetzungen hierfür ge-

geben sind. Deshalb stehen keine verwertbaren Aufzeichnungen über das Abstellen des Sprengstoffkoffers und damit auch keine Hinweise auf einen eventuell aus dem terroristischen Umfeld stammenden Täter zur Verfügung. Das ist umso bedauerlicher, als Datenschutzvorschriften der generellen Videoüberwachung und der entsprechenden Speicherung gerade nicht entgegenstehen.

Angesichts der generellen Bedrohung durch Terrorangriffe in Deutschland ist es dringend erforderlich, die generelle Videoüberwachung an Bahnhöfen sowie an sonstigen gefährdeten öffentlichen Einrichtungen vorzunehmen.

MARTINA KROGMANN:

Deutschland verliert beim eGovernment immer mehr den Anschluss

Zu der Studie „eGovernment 2003“ des Management- und Technologie-Dienstleisters Accenture erklärte die Internet-Beauftragte:

Deutschland verpasst im Bereich eGovernment international den Anschluss!



Nach der Studie, die zum vierten Mal in Folge Online-Angebote in insgesamt 22 Ländern untersucht, ist Deutschland nur Mittelmaß und im Vergleich zum Vorjahr sogar um einen Rang auf Platz 10 zurückgefallen. Der Abstand zu den führenden Staaten Kanada, Singapur und den USA vergrößert sich also noch mehr. Die Folge: Deutschland wird für Investoren weiter an Attraktivität verlieren.

Denn eGovernment ist ein maßgeblicher Schlüssel zu Entbürokratisierung, zu einem schlanken und effizienten Staat und somit zu mehr Wachstum und Beschäftigung. In seiner Umsetzung bedeutet es weniger Gesetze, schnellere Verfahren und geringere Kosten. Bislang hat die Bundesregierung diese Chancen allerdings nicht wahrgenommen. Wollen wir international mithalten, sind noch erhebliche Kraftanstrengungen erforderlich. Dazu gehören:

- endlich die bestehenden Projekte in Bund, Ländern und Kommunen zu koordinieren und Standards einzuführen, damit Deutschland sich nicht weiter zu einem digitalen Flickenteppich entwickelt, sondern ein integriertes eGovernment aufbaut
- den Ausbau der Breitbandtechnologien deutschlandweit zu fördern und damit die Basisinfrastruktur für Unternehmen, Bürger und Verwaltungen zu schaffen
- durch die Unterstützung des Signaturbündnisses von Verwaltung und Wirtschaft eine flächendeckende Signatur voranzutreiben

GÜNTER KRINGS
JULIA KLÖCKNER:

Keine Altersgrenzen für medizinische Leistungen



Anlässlich der Diskussion um mögliche Altersgrenzen für medizinische Behandlungen erklärten der Vorsitzende der Jungen Gruppe und seine Stell-

vertreterin und Mitglied der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin:

Da die finanziellen Ressourcen immer knapper werden und mit verschiedenen Vorschlägen über eine Reform des derzeitigen Gesundheitssystems nachgedacht wird, ist es umso wichtiger, sich verantwortungsvoll zu äußern und bedacht-sam mit Vorschlägen umzu-gehen. Auf große Empörung und Verunsicherung ist in der Bevölkerung, gerade bei älteren Menschen, der Vor-schlag von Gesundheitsöko-nom Friedrich Breyer und von Theologie-Professor Joachim Wiemeyer ge-stoßen: Für bestimmte kos-tenintensive medizinische Leistungen solle es eine Al-tersgrenze geben. Ab 75 Jah-ren solle zum Beispiel keine Herzoperation mehr gelei-stet werden.

Diese Vorschläge lehnt die Junge Gruppe entschie-den ab – aus ethnischen und rechtlichen Gründen wie auch aus Solidarität mit un-seren älteren Mitbürgerin-nen und Mitbürgern. Für uns bedeutet Generationenge-rechtigkeit auch, das Recht aller zu achten, eben auch das der Älteren und Schwächeren. Keine noch so schlechte Finanzlage rechtfertigt es, zwischen ei-

nem wertvollen, jungen Le-ben und unwertem, älteren Leben zu unterscheiden.

Wir junge Christdemo-kraten treten für das christli-che Menschenbild ein, nach dem das Leben jedes Men-schen gleich viel wert ist. Lebensverlängernde Maß-nahmen nur für junge und Menschen mittleren Alters zuzulassen, ist menschen-verachtend. Menschenwür-diges Leben bis zuletzt ist das, wofür wir uns bereits in jungen Jahren einsetzten

PETER PAZIOREK
WERNER WITTLICH:

Pflichtpfand degradiert zum Selbstzweck



Anlässlich des Gesprächs von Bundesumweltminister Trittin mit Vertretern der Wirtschaft zur Verpackungsverordnung (VerpackV) erklären der umweltpolitische Sprecher und der Berichterstatter der Unionsfraktion im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages:

Der Streit über das Pflichtpfand geht weiter. Es ist unglaublich, wie der Bundesumweltminister seinen sturen Kurs in Sachen VerpackV fortsetzt.

Statt der Wirtschaft beim schwierigen Aufbau eines Pfandsystems zu helfen, legt er die Messlatte unerreichbar hoch. Der Einstieg in ein bundeseinheitliches Pfandsystem zum 1. Oktober 2003 ist für die meisten Einzelhändler objektiv unerreichbar geworden. Gerade mittelständische Lebensmittelkaufleute und Kioske sehen kaum einen Ausweg. Wenn Trittin mit Bußgeld droht, müssen sie den Verkauf von Einwegflaschen und Dosen ganz einstellen. Hier ist sorgfältig zu prüfen, ob aus der Pfandpflicht nicht ein verkapptes Verbot wird.

Dies war aus Sicht der Union niemals Ziel der VerpackV. Weil verbots-gleiche Marktbeschrän-kungen in Europa grund-sätzlich unzulässig sind, ist neuer Streit mit der Europäi-schen Kommission vorpro-grammiert. Um dieses Des-aster zu tarnen, lobt Trittin jetzt sogar öffentlich Dis-counter, die auch in Zukunft ganz auf Einweg setzen wol-len – die so genannte Insellö-sung. Danach können Han-delsketten oder große Dis-

counter jeweils eigene Rücknahmesysteme aufbauen. Hier ist noch zu prüfen, in wie weit dies mit Europarecht vereinbar ist. Mit Umweltschutz hat das alles nichts mehr zu tun, die Rettung der Pfandpflicht wird zum Selbstzweck.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich zum Schutz des Mehrwegs, sie wird aber diesen umwelt-, verbraucher- und wirtschaftsfeindlichen Irrweg von Trittin nicht mitgehen. Zustimmung der Union kann nur eine Novelle der VerpackV finden, die verbraucherfreundlich ist, Rechtssicherheit schafft und die Förderung ökologisch vorteilhafter Getränkeverpackungen klar und zukunftsweisend regelt.

URSULA HEINEN:

Kampf dem Missbrauch von Mehrwertdiensten

Zur Verabschiedung des „Gesetzes zur Bekämpfung des Missbrauchs von 01 90/09 00er-Mehrwertdiensternummern erklärte die Verbraucher-schutzbeauftragte:

Was lange währt, wird endlich gut - das gilt auch für dieses Gesetz. Denn erst nach langem Drängen der



Union hat die Regierung ein Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs mit Mehrwertdiensternummern vorgelegt und dies nun mit entscheidender Nachhilfe der Union nachgebessert. Damit liegen endlich Regelungen vor, durch die der Missbrauch bekämpft wird und die Verbrauchern und seriösen Diensteanbietern Sicherheit bei der Nutzung der Rufnummern geben.

Leider sind zwei unserer Forderungen nur unzureichend aufgenommen worden:

Das Inkassoverbot, durch das Netzbetreibern das Eintreiben von fremden Forderungen bei Einwand der Verbraucher untersagt worden wäre: Die stattdessen aufgenommenen Regelungen zur Beweiserleichterung bei Preisansage und Trennung der Verbindung stellen demgegenüber ein Minus dar, denn sie lassen das Prozessrisiko beim Verbraucher.

Die vom Gesetz erfassten Nummerngassen: Immerhin wird es eine eigene

Nummerngasse für Dialer geben. Die Verlagerung des Missbrauchs von 0190/0900er-Nummern auf andere Gassen bei Fax und Handy wird damit nicht unterbunden.

Darüber hinaus ist eine Regelung für sms premium rate Dienste vollkommen unterblieben, eine Preisansage vor Beginn der Kostenpflichtigkeit einzuführen.

Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb haben die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Gerda Hasselfeldt, und die Beauftragte für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Ursula Heinen, ein Positionspapier erarbeitet, das alle Bereiche des wirtschaftlichen, rechtlichen und gesundheitlichen Verbraucherschutzes erfasst. Das „Positionspapier zur Verbraucherpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ sowie weiterführende Informationen zum „Verbraucherschutz“ finden Sie auf www.cdu.de unter „Politik A-Z“, Stichwort „Verbraucherschutz“.

AUF IN DEN SOMMER!



Sommerpack

Der ideale Begleiter für einen Ausflug. Bestehend aus: Stoffbeutel, eine Thermoskanne mit zwei Bechern

Bestell-Nummer: **9025**

Komplettpreis: **6,00 €**

zzgl. MwSt.: 6,96 €

Alle Artikel sind auch einzeln zu bestellen.

Alle Artikel lieferbar ab dem 11. Juli!

Stoffbeutel

Er ist mehr als nur ein Beutel. Durch die beiden seitlich zusammenziehbaren Kordeln, kann man ihn auch als Rucksack tragen. Sehr geeignet für Informationsmaterialien und Streuartikeln bei Canvassingaktionen.

Bestell-Nummer: **9026**

Preis je 5 Stück: **7,50 €**

zzgl. MwSt.: 8,70 €



Thermoskanne

Kunststoffgehäuse, Thermosinnenteil aus Glas für 0,25 l Inhalt.

Bestell-Nummer: **9027**

Preis: **3,60 €**

zzgl. MwSt.: 4,18 €

Becher-Set

Set besteht aus 4 Kunststoffbechern in gelb, orange, hellblau und grün.

Bestell-Nummer: **9028**

Preis je Set: **4,40 €**

zzgl. MwSt.: 5,10 €





Strandtuch „Smilie“

Bestell-Nummer: 9458

Preis je ~~1 Stück: 9,00 €~~
inkl. MwSt.: ~~11,00 €~~

4,00 Euro
4,64 Euro

RESTPOSTEN!



CDU-Spritziere

Bestell-Nummer: 9559

Preis je **30 Stück: 15,00 €**
inkl. MwSt.: 17,40 €

CDU-Seemannsrucksack

blau

Bestell-Nummer: 9661

gelb

Best.-Nr.: 9662

Preis je ~~1 Stück: 17,00 €~~
inkl. MwSt.: ~~20,00 €~~

10,00 Euro
11,60 Euro



RESTPOSTEN!

Mint-Card

Bestell-Nummer: 9830
Preis je 50 Stück: 43,00 €
inkl. MwSt.: 49,88 €

Frischer Wind
für Deutschland.

CDU



Pustefix

36 Pustefix in einer Box.

Bestell-Nummer: 9892
Preis je Pustefix-Box: 11,00 €
inkl. MwSt.: 12,76 €



Beachvolleyball

Bestell-Nummer: 9158
Preis je 1 Stück: 11,00 €
inkl. MwSt.: 12,76 €



Wasserball

Bestell-Nummer: 9873
Preis je 10 Stück: 13,00 €
inkl. MwSt.: 15,08 €

Zu Beginn des neuen Schuljahres wird es in diesem Jahr 2 Schulplakate geben. Hierbei steht das politische Statement im Vordergrund. Es soll zum Ausdruck bringen: Wo die Union regiert, ist die Schulpolitik besser. In den anderen Bundesländern gibt es erheblichen Nachholbedarf. So eignet sich das Motiv „Willkommen in der 1. Klasse“ für die Bundesländer, in denen die CDU die Schulpolitik bestimmt.

Willkommen in der 1. Klasse!



Besser für die Menschen.

CDU

Plakat „Willkommen in der 1. Klasse!“

DIN A1

Bestell-Nummer: 7679

Preis je 50 St.: 19,00 €

inkl. MwSt.: 22,04 €

DIN A0

Bestell-Nummer: 7680

Preis je 50 St.: 28,75 €

inkl. MwSt.: 33,35 €

1. Klasse – so sollte auch die Schulpolitik sein.



Besser für die Menschen.

CDU

Plakat „1. Klasse – so sollte auch die Schulpolitik sein.“

DIN A1

Bestell-Nummer: 7035

Preis je 50 St.: 19,00 €

inkl. MwSt.: 22,04 €

DIN A0

Bestell-Nummer: 7036

Preis je 50 St.: 28,75 €

inkl. MwSt.: 33,35 €

UD

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Wegen der großen Nachfrage für
Sie jetzt wieder im Sortiment!

Willkommen in der
1. Klasse!

Miniradio für unterwegs

Mit Scanfunktion für automatische
Sendesuche, Gürtelhalter und
separaten Kopfhörern.

Bestell-Nummer: **9829**

Preis je **1 Stück: 5,00 €**

inkl. MwSt.: 5,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de